

Denkwürdigkeiten



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 15
Dezember
2003

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. in Berlin

ISSN 1436-3070

Liebe Mitglieder,

das Washingtoner Center for Strategic & International Studies (CSIS) und die Politisch-Militärische Gesellschaft e.V. (pmg) veranstalten regelmäßig Expertentreffen zu Fragen der transatlantischen Sicherheitsbeziehungen. Der 1999 in Washington begonnene, im Jahre 2001 in Berlin und 2002 in Washington fortgesetzte Gedankenaustausch wurde am 17. November 2003 in Berlin fortgeführt. Das Thema des diesjährigen bilateralen Seminars lautete: **"In a Time of Change: The Greater Middle East and the Future of the Alliance."**

Ganz offensichtlich sind die deutsch-amerikanischen Beziehungen derzeit nicht in der besten Verfassung. Allerdings ist das wahre Bild doch deutlich differenzierter und komplexer, als viele Schlagzeilen suggerieren.

Das Treffen eröffnete die Möglichkeit, dies umfassend und sehr offen zu erörtern. Hochklassige Referenten und Konferenzteilnehmer waren offen für gehaltvolle Gespräche zum Stand der transatlantischen Partnerschaft, der Transformation der jeweiligen Streitkräfte sowie der erforderlichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit Blick auf die veränderten Möglichkeiten und Herausforderungen, den spezifischen Aufgabenstellungen in Nahmittelost und schließlich den Möglichkeiten eines zukünftigen verbesserten transatlantischen Krisenmanagements.

Die nachfolgende Zusammenfassung von Barbara Horst dokumentiert eine thematisch spannende Konferenz.

Ralph Thiele ist Gründungsvorsitzender der pmg

In dieser Ausgabe

1 The Greater Middle East and the Future of the Alliance

ein Konferenzbericht von
Barbara Horst

5 Challenges for the Greater Middle East

von Laurent Murawiec

8 Piraterie in Südostasien

von Peter Roell

THEMEN

In a Time of Change: The Greater Middle East and the Future of the Alliance

CSIS-pmg-Seminar in Berlin,
17. November 2003 -
Kurzbericht / Konferenzprotokoll

Zum Stand der transatlantischen Partnerschaft

Die gegenseitigen Meinungsverschiedenheiten im Bündnis gibt es nicht erst seit dem 11. September 2001 oder gar später. Bereits seit Ende des Kalten Krieges sind sie Schritt für Schritt in das Zentrum transatlantischer Aufmerksamkeit gerückt. Trotz aller veränderten sicherheitspolitischen Parameter bestimmen dennoch auch weiterhin gemeinsame Sicherheitsinteressen auf der Grundlage gleicher Werte die transatlantischen Beziehungen. Gemäß Karl Müllner weichen dabei allerdings die Vorstellungen über Konzepte und Strategien beträchtlich voneinander ab: So will Deutschland das gesamte Spektrum der Konfliktprävention ausschöpfen und betrachtet militärisches Eingreifen nur als ein Mittel unter vielen. Auch bewertet Deutschland die Bedeutung von Völkerrecht und Multilateralismus deutlich höher als die USA. Ent-

sprechend problematisch ist für Deutschland und andere "alte Europäer" die amerikanische Betonung militärischer Präventiv- und Präemptivmaßnahmen. Eine Wiederbelebung der transatlantischen Beziehungen braucht neue Impulse und gezielte Anstrengungen. Dazu können die NATO Response Force, aber auch eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik erheblich beitragen. Letztere liegt letztlich ebenso im Interesse der Amerikaner wie der Europäer selbst.

Aus amerikanischer Sicht gibt es für Ken Huffmann zur Zeit nur eine einzige gewollte strukturierte Form der Zusammenarbeit mit Europa, und die heißt "NATO". Neben den laufenden Missionen in Bosnien und im Kosovo tragen vor allem drei Operationen entscheidend zum Kampf gegen den Terrorismus bei: Die Operation "Active Endeavour" im Mittel-

USA. Er betonte, diese Gemeinsamkeit müsse und werde sich auch im gemeinsamen Handeln beweisen, wobei der Handlungsrahmen allerdings durch Völkerrecht und Bündnisvereinbarungen vorgegeben werde. VN-Charter und Nato-Vertrag bleiben für die Bundesregierung die zentralen und unverzichtbaren Grundlagen ihrer Sicherheitspolitik. Auf dieser Basis werde sich 2004 auch die transatlantische Partnerschaft festigen und ausbauen lassen.

Celeste Wallander empfiehlt, nicht von vornherein von vorhandenen gemeinsamen Interessen auszugehen, sondern zu definieren, worin diese genau bestehen und ebenso die Differenzen – aus ihrer Sicht ein aussichtsreicher Weg, die aktuellen Meinungsverschiedenheiten zu überwinden oder zumindest diese besser zu verstehen. Begreift man Terror-

Mittel werden absehbar künftig nicht mehr ausreichen. Denn die Natur des Terrorismus hat sich zu einem internationalen, transnationalen Terrorismus gewandelt, der mit nationalen und polizeilichen Mitteln allein nicht zu bewältigen ist.

Unipolarität und Multipolarität darf man zudem nicht mit Unilateralismus respektive Multilateralismus gleichsetzen. Die jetzige Machtverteilung im internationalen System ist Ergebnis einer langfristigen Entwicklung. Man kann sie niemandem vorwerfen – auch nicht den USA. Multilateralismus oder Unilateralismus sind demgegenüber eigenständige Entscheidungen, wie und in welchem Rahmen man vor dem Hintergrund der bestehenden Machtverteilung Herausforderungen begegnet. Ein effektiver, realistischer Multilateralismus würde auch von den USA begrüßt.

AGENDA

pmg/CSIS Seminar, 17. November 2003, Berlin

"In a Time of Change: The Greater Middle East and the Future of the Alliance"

Welcome

Host (Axel Springer AG/Welt am Sonntag)
Dr. Celeste Wallander, Col. Ralph Thiele, Prof. Ernst Cramer

Panel 1: State of the Transatlantic Partnership

pmg: Col. (GS) Karl Müllner (MoD)
Dirk Brengelmann (Chancellery)
CSIS: Kenneth Huffman (U.S. mission to NATO)
Dr. Celeste Wallander (CSIS)

Panel 2: Transformation of Security Policy and Defense Capabilities

pmg: BG Manfred Engelhardt (MoD)
CSIS: Dr. Clark Murdock (CSIS)
BG Robert (Tip) Osterthaler (SAIC)
LTC(P) Michael Coss (CSIS)

Keynote Speaker:

Transatlantic Challenges, Eckart von Klaeden (MP)

Panel 3: Challenges in the Greater Middle East

pmg: Laurent Murawiec (Hudson Institute)
Matthias Meyer (MFA)
CSIS: Dr. Shireen Hunter (CSIS)
LCDR Lance Leshner (CSIS)

Panel 4: Lost in the Desert? One-Way Streets or Transatlantic – Avenues in Future Crisis Management

pmg: Dr. Hans-Ulrich Seidt (MFA)
CSIS: MAJ Jeff Oppenheim (U.S. mission to NATO)
CAPT Steve Vanderplas (CSIS)
Robert McMullin (CSIS)

Conclusions

Dr. Celeste Wallander, Col. Ralph Thiel

meer, das Engagement der NATO in Afghanistan, v.a. seit die NATO im August 2003 die Führung der ISAF übernahm, und die Unterstützung einer polnischen Division im Irak. Alle diese Missionen sind wichtige Bausteine der Atlantischen Allianz. Eine weitere enge Zusammenarbeit im Irak und die Übernahme von mehr Verantwortung durch die NATO würden die USA sehr begrüßen.

Dirk Brengelmann unterstrich die grundsätzliche Gemeinsamkeit von Interessen und Werten zwischen Deutschland und den

rismus nicht als die eigentliche Gefahr, sondern nur als eine Methode, dann kann man sich auf die eigentlichen Bedrohungen und Herausforderungen konzentrieren, darunter z.B. ein erstarkendes China, ein wiedererstarktes Russland oder die Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Erst danach macht es Sinn, Methoden zu diskutieren, diese Herausforderungen zu bewältigen.

Bisher war die europäische Antwort auf Terrorismus vor allem Polizeiarbeit und Überwachung durch Nachrichtendienste. Diese

Die Transformation der Sicherheitspolitik und Verteidigungsfähigkeiten

Fähigkeitslücken sind nichts Neues im transatlantischen Verhältnis. Allerdings treten diese seit dem Bosnien-Einsatz besonders deutlich hervor, dem ersten militärischen Einsatz der NATO in ihrer Geschichte. Für die Sicherheit der Zukunft zählen auch nach Lord Robertson vor allem "capabilities, capabilities, capabilities". Eine ESVP dürfe deshalb nicht bei der Planung stehen

bleiben, sondern müsse auch praktisch umgesetzt werden.

Die USA gehen laut Clark Murdock pragmatisch mit der (Weiter-)Entwicklung ihrer Streitkräfte um. Neben der rapiden Innovation neuer und den Anwendungsmöglichkeiten bereits bekannter Technologien steht eine langfristige Planung, die über einen geraumen Zeitraum entwickelt und auch mit den Alliierten abgesprochen wurde. So ist im Defense Review vorgesehen, künftig über weitaus leichter verlegbare Kräfte zu verfügen, die nicht Monate, sondern nur noch Wochen oder Tage bis ins Einsatzgebiet brauchen. Ein damit verbundener Truppenabzug aus Deutschland ist also weder eine Überraschung noch eine Strafe, z.B. für die deutsche Verweigerungshaltung im Irak-Konflikt.

Transformation bedeutet, wie Robert Osterhaler unterstreicht, zu einem großen Anteil Risiko-Management, insbesondere mit Blick auf die Frage: Welche Fähigkeiten werden in der Zukunft wo gebraucht? Künftige "Effects-based operations" werden nicht mehr davon bestimmt, welche Waffen, Einheiten oder Nationen eingesetzt werden sollen, sondern von einem Konzept, das wohldefinierte politisch-strategische Wirkungen durch ausgewählte politische, ökonomische und/oder militärische Operationen erzielt. Militärisch erfordert dies ein bisher unbekanntes Maß an Streitkräftegemeinschaft und -integration, auch wenn dies zu Spannungen bei den einzelnen Teilstreitkräften führen sollte. "Capability-based planning" wird die Fähigkeiten schaffen, die zukünftig gebraucht werden. Dies verlangt eine realistische Einschätzung von Risiken und Gefahren, die langfristig entstehen können. Neben der Transformation der Hardware müssen ebenso Konzepte und Doktrin weiterentwickelt werden.

Michael Coss unterstreicht die Schnelligkeit, mit der die USA die Transformation ihrer Streitkräfte umsetzen. Die zukünftige Kriegführung verlange einen Wandel der Fähigkeiten weg von reaktiven und plattform-orientierten Maßnahmen hin zu hochintegrier-

ten, netzwerkgestützten Interventionsstreitkräften, um die eigene Relevanz für die Zukunft zu sichern. Daher solle auch die NATO der Zukunft nicht mehr aus unabhängigen, nationalen Einheiten bestehen, sondern aus voll integrierbaren Streitkräften, die miteinander vernetzt sind und dezentral operieren können, mit Fähigkeiten von Expeditionstreitkräften und einer großen Bandbreite an Reaktionsmöglichkeiten.

Auch in Deutschland ist inzwischen die Bedeutung von Transformation und vernetzter Operationsführung erkannt. Nach Manfred Engelhardt bestimmt mit Blick auf die Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) nicht mehr die Landesverteidigung die Struktur der Bundeswehr ("Deutschland wird am Hindukusch verteidigt." [Struck]), auch wenn Heimatschutz eine neue Herausforderung darstellt. Stattdessen wird ein fähigkeitsorientiertes Profil der Streitkräfte mit einer veränderten Kommandostruktur und besser einsetzbaren Kräften angestrebt. Eine Reihe von Fähigkeitslücken werden dabei bewusst akzeptiert. Zukünftige Schlüsselfähigkeiten umfassen u.a. den Schutz der Truppen im Einsatzgebiet, Interoperabilität, weltweite Nachrichtengewinnung – auch durch SAR/Lupe und Global Hawk –, Präzisionsbewaffnung sowie PATRIOT und MEADS zur Luftverteidigung.

Transatlantische Herausforderungen

Eckart von Klaeden bedauert in seiner Rede, dass es trotz großer Herausforderungen momentan keine gemeinsame Strategie gibt – weder auf europäischer noch auf transatlantischer Ebene. Beiden Seiten haben ein mangelndes Verständnis für die jeweils andere Seite. Demgegenüber sollte sich der Westen als Einheit begreifen mit gleichen Werten und Interessen. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikt sehen viele in Europa keine Notwendigkeit mehr für eine amerikanische Schutzmacht. In den USA als einziger verbliebener Supermacht sehen manche hingegen wenig Grund zu multilateralem, institutionalisiertem Handeln. Doch beide Bewertungen sind falsch.

Westliche Werte und Lebensweisen werden in anderen Regionen der Welt abgelehnt.

Deswegen muß der Westen zusammenhalten, kooperieren und den neuen Risiken gemeinsam begegnen. Das Recht, auch das Völkerrecht, muß durchgesetzt werden, wenn notwendig auch mit dem Schwert. Das Recht zur Selbstverteidigung und die Abwehr von Interventionen alleine reichen nicht länger aus, Frieden zu erhalten und zu sichern. Europa wird sich nie gemeinsam und vereint gegen Amerika stellen. Wer dies dennoch anstrebt, wird Europa teilen.

Das europäische Versagen in der Irak-Krise ruft nach einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, deren Fähigkeiten auch die NATO stärken. Um den neuen Risiken erfolgreich begegnen zu können, muß der Westen gemeinsame Konzepte und Strategien formulieren und zugleich die nicht-westliche Welt respektieren. Auf dem Prag-Gipfel sind die notwendigen Fähigkeiten für eine politisch breiter aufgestellte Allianz festgelegt worden. Die Befähigung der NATO Response Forces wird dabei zum Lackmestest.

Herausforderungen im Nahen und Mittleren Osten

Laurent Murawiec sieht die Situation im Nahen und Mittleren Osten als Ergebnis einer systemischen Krise der arabischen Welt. Trotz geringfügiger Unterschiede und Abstufungen ist die islamische Welt im Ganzen unfrei und undemokratisch. Diesbezügliche Studien zeigen niederschmetternde Ergebnisse. Statt einer schon häufiger erwarteten Renaissance der arabischen Welt durch Industrialisierung und Modernisierung, erfolgt stattdessen ein Rückzug zu einer Auslegung des Islam, die sich weigert, Fortschritt und Moderne anzunehmen. Um die jetzige desaströse Lage in den islamischen Staaten zu erklären, wenden sich Hass und Frustration nach außen. "They hate us not for what we do, but for what we are", ist Murawiecs Schlussfolgerung. Politische Mittel zur Durchsetzung von Interessen sind in der arabischen Welt unbekannt, Gewalt verbleibt

aus dieser Sicht häufig als einzige Möglichkeit. Terrorismus bietet in diesem Zusammenhang bei einem geringen Einsatz einen vergleichsweise hohen strategischen Gewinn. Regimewechsel ist von daher ein geeignetes Instrument zur Demokratisierung, denn - das zeigen die Beispiele Japan und Deutschland - Demokratie ist universal, sie ist importierbar und sie ist auch exportierbar.

Matthias Meyer beschreibt die Entwicklungen in Afghanistan. Die jetzige Strategie zielt darauf, durch regionale Wiederaufbautteams Inseln der Stabilität als Vorbild und Anreiz für andere zu schaffen. Dies ist ein ebenso wichtiger Schritt auf dem Weg zur Demokratie wie ein neues Justizsystem oder die Ausbildung der Polizei (an der sich Deutschland beteiligt). Die Einbindung der Bevölkerung und die Anerkennung des Dialogpartners als gleichberechtigt sind nach Erfahrung Meyers unverzichtbar in der arabischen Welt, will man Einfluss ausüben.

Auf die öffentliche Meinung im Zusammenhang mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt ging Lance Lesher ein. Er weist den - nicht nur in arabischen Ländern - häufig geäußerten Verdacht zurück, die US-Politik sei grundsätzlich pro-israelisch und anti-arabisch oder anti-islamisch und fordert eine differenzierte Sichtweise. Auch in den USA wird die israelische Gewalt gegenüber Palästinensern wahrgenommen. Allerdings herrscht dort die Meinung vor, dass die israelische Armee gegen Terroristen kämpft. Kollateralschäden werden unter diesem Blickwinkel verziehen. Überhaupt ist die Bewertung von Streitkräften in den USA zunächst einmal positiv.

Shireen Hunter weist in ihrem Beitrag darauf hin, dass die Begriffe arabische Welt und Islam nicht gleichgesetzt werden dürfen. In der arabischen Welt hat nur ein Teil der Staaten eine mehrheitlich muslimische Bevölkerung. Die Islamische Republik Iran (bereits ein Widerspruch in sich, der auf den Konflikt zwischen Theokratie und Fortschritt hinweist) hat in der arabischen Welt eine wichtige Stellung und

ist für die gesamte Region relevant. Europa und die USA sollten ihre Politik gegenüber dem Iran besser koordinieren. Shireen Hunter rät zu einer Strategie mit Zuckerbrot und Peitsche, die darauf hinwirken kann, das Land dem Westen näher zu bringen. Eine bessere Beziehung der USA zu Iran unterstützt aus ihrer Sicht auch die politische Arbeit im Irak. Der Iran hat dort Einfluss und kann sowohl helfend als auch hindernd eingreifen.

Zukünftiges Krisenmanagement

Jeff Oppenheim sieht die Transformation der NATO zur Zeit als wichtigstes Anliegen der Allianz. Gravierende Änderungen sind nötig. Bestehende Fähigkeitslücken müssen endlich geschlossen werden, der Entstehung neuer Lücken ist von vornherein zu begegnen. Er begrüßt die tatsächliche (nicht nur rhetorische) Schaffung von EU-Fähigkeiten, hinterfragt jedoch die tatsächlichen Ziele Frankreichs, die Absichten, die mit einem eigenen europäischen Headquarter verfolgt werden usw. In den USA herrscht aus seiner Sicht der Eindruck vor, dass die Europäer Bedrohungen schon deshalb negieren, da sie keine Fähigkeiten haben, diese zu bekämpfen. Die Rolle Deutschlands in Afghanistan wird hingegen ausdrücklich begrüßt. In der Frage des Irak-Krieges sollte sich unter Verbündeten aber nun deutlicher eine Haltung ausprägen, die den Alliierten, und - nicht zu vergessen - dem irakischen Volk, die dringend benötigte Unterstützung gewährt und nicht versagt. Ein Mißerfolg ist für keinen der Beteiligten eine akzeptable Option - weder im Irak noch in Afghanistan.

Steve Vanderplas verweist in seinem Beitrag auf verschiedene Paradoxe: So wird die US-Haltung zu europäischen Krisenreaktionskräften von der Sorge vor Duplizierung bestimmt, zugleich aber auch von der Hoffnung, dass neu gewonnene Fähigkeiten in Zukunft auch zur Unterstützung und Entlastung Amerikas beitragen können. Außerdem existieren in der Allianz immer häufigere und deutlichere Spannungen zwischen den Alliierten.

Zeitgleich werde jedoch enger und häufiger denn je miteinander kooperiert. Präsident Bush sieht den Krieg gegen den Terrorismus als Selbstverteidigung und Schritt auf einem langen Weg zu globaler Freiheit und Demokratisierung. War früher der Ost-West-Konflikt die Grundlage für die Existenz der Allianz, braucht die Allianz jetzt eine neue tragfähige Grundlage diesen Zuschnitts.

Robert McMullin analysiert in seinem Beitrag die NATO-Russland-Beziehungen und bezeichnet sie insgesamt als gut. Die Zusammenarbeit im "Forum der 20", auf nachrichtendienstlicher und wirtschaftlicher Ebene verstärkt sich kontinuierlich seit dem 11. September. Zwar bezweifelt McMullin, dass Russland realistisch einmal Mitglied des Bündnisses werden kann, doch könnten beide Seiten von einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energieversorgung profitieren. Tschetschenien ist aus seiner Sicht ein Problem, das eng mit der Korruption in den russischen Streitkräften zusammenhängt, deren Zustand sich kontinuierlich verschlechtert. Das Interesse der NATO liegt in einem stabilen Russland - ein Partner, der nicht ignoriert werden kann.

Hans-Ulrich Seidt unternimmt eine Zusammenfassung der bereits vorgetragenen Argumente. Konfliktlösungen im Nahen und Mittleren Osten müssen langfristig angegangen werden. Ein Zeitraum von zwei Generationen oder 40-50 Jahre ist aus seiner Sicht realistisch. In der Frage der Terrorismusbekämpfung sieht er die Europäer noch nicht von der Notwendigkeit der militärischen Mittel überzeugt. Ihre Haltung zielt vor allem auf Stabilisierung. Ziel der USA ist demgegenüber nicht die Stabilisierung der Region, sondern vielmehr die Transformation. Gemeinsame Strategien fehlen bisher - ein erhebliches Manko. Ein "Mission Statement" ähnlich dem Harmel-Bericht werde deshalb dringend benötigt.

Zusammenfassung

In der Diskussion sind sich alle Teilnehmer einig, dass die trans-

atlantische Kooperation trotz der aktuellen Spannungen weiterhin unverzichtbare Grundlage unserer Sicherheit bleibt, will man die veränderten Herausforderungen erfolgreich meistern. Auf der Grundlage gemeinsamer Werte, Einstellungen und (Sicherheits-) Interessen muß sich der Westen als Einheit verstehen. Nur so ist Sicherheit möglich.

Die Notwendigkeit einer schriftlichen Formulierung der gemeinsamen Ziele wurde in der Diskussion bestätigt. Auf einen informellen Dialog und lange Diskussionen werden sich die USA allerdings zur Zeit nicht einlassen. Dort liegen die Prioritäten klar auf praktischen Fortschritten im "Krieg gegen den Terrorismus". Auf US-Seite besteht jedoch die Befürchtung, die Europäer müssten erst selbst ein Ereignis wie den 11. September erleben, bevor eine gemeinsame Sichtweise und ein Konsens entstehen können.

Stabilität im Nahen und Mittleren Osten hat von deutscher Seite aus eine herausragende Bedeutung. Für die Amerikaner steht nun aber die Transformation der Region und die Bekämpfung des Terrorismus im Mittelpunkt.

Der israelisch-palästinensische Konflikt bildete in der Diskussion einen klaren Schwerpunkt. Der These, dass ohne Lösung dieses Konfliktes keine Erfolge für die gesamte Region zu erzielen seien, widersprach Murawiec. Der palästinensisch-israelische Konflikt sei mit Sicherheit nicht die Quelle allen Übels im Nahen und Mittleren Osten und werde häufig von anderen für die eigenen Zwecke instrumentalisiert. Eine Demokratisierung müsse vorangetrieben werden, "Shura" oder Ratsversammlungen hätten mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nichts gemein. Für den Anfang reiche zunächst eine nicht-despotische Regierungsform auf der Basis eines Grundgesetzes und des Föderalismusprinzips.

Die USA werden sich öffentlich nicht für Fehler im Umgang mit dem Irak-Konflikt entschuldigen, auch wenn sie Hilfe benötigen. Unterstützung durch Alliierte und die Übernahme von mehr Verantwortung durch die NATO werden aber anerkannt und begrüßt

und könnten zu multinationalen Beratungen führen. Multilateralismus - wenn er denn effektiv und realistisch ist - wird auch von den USA begrüßt. Ein Versagen der USA im Irak käme einem Versagen aller gleich. Ohne gemeinsames Handeln wird es keine Sicherheit geben können. Die amerikanischen Konferenzteilnehmer forderten an dieser Stelle deutsche Hilfe und Unterstützung ein. Die deutschen Teilnehmer verlangten dagegen rechtzeitige Konsultationen und den Respekt internationaler Regeln. Diese sollte gerade in harten Zeiten selbstverständlich sein trotz aller Meinungsverschiedenheiten.

Auch ohne die Entsendung von Soldaten in den Irak, können bedeutende Hilfeleistungen angeboten werden.

Die Transformation der US-Streitkräfte dient ihrer kontinuierlichen, unverzüglichen Umgestaltung in Streitkräfte des Informationszeitalters. Eine solche Transformation vollzieht sich nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland. Zwar scheinen die Amerikaner einen uneinholbaren Vorsprung zu besitzen, doch auch die Bundeswehr treibt ihre Neuausrichtung entschieden voran - dies sollte auch in den USA anerkannt werden. Die bestehenden Fähigkeitslücken zwischen beiden Seiten des Atlantiks müssen dringend geschlossen werden. Neue dürfen nicht entstehen. Europäische Krisenreaktionsstreitkräfte sind ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Die USA stehen dem Aufbau europäischer Fähigkeiten positiv gegenüber, sofern eine Duplizierung und Konkurrenz zur NATO vermieden wird. Sowohl die NATO Response Force als auch die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind für die Zukunft bedeutsam.

Barbara Horst, Bonn

THEMEN

Challenges for the Greater Middle East*

Laurent Murawiec, Senior Fellow, Hudson Institute, Washington, D.C.

The 1980s and '90s were marked by a wave of modernization and democratization that swept entrenched tyrannies from the international political landscape. South Korea, Taiwan evolved from military dictatorship to democratic polities, the Philippines jettisoned its despotic ruler.

When General Augusto Pinochet accepted the verdict of elections, Chile opened the floodgates to a sweeping wave which, with the exception of Cuba democratized the continent of *pronunciamentos*, *juntas* and *caudillos*. The fall of Mexico's PRI brought to a momentous end the era of corporatism in Latin America, and its oldest dictatorship.

Central, Eastern and even Southeastern Europe (the Balkans) similarly turned from post-totalitarian¹ to democratic. Russia, even Russia, the fiefdom of tyranny, evolved into a less monolithic system. India decided to de-bureaucratize itself and open its semi-autarchic system to the world. The Turkish Army decided to remain in its barracks, at a much greater distance from the political management of the country. Even Africa, the wretched of the wretched, somehow shook off the burden, though often without creating a new order where the winner did not take all. Some of the worst offenders, though, left the stage, like Mengistu in Ethiopia.

Centrally-planned economic systems, systems of economic, but also political and cultural autarchy, had to retreat and often capitulate: over a period of two decades, pluralization and openness became the rule instead of the exception. The only part of the world which remained utterly untouched by the sweep of modernization and democratization has been the Arab Moslem world. Its elites have exempted them-

¹ In Vaclav Havel's formulation

selves from the general evolution afoot world-wide. Despotisms and tyrannies, despotic monarchies and tyrannical "republics", have remained the norm and the practice. Democratization has not made any significant inroad in an part of the Arab world.

Democracy is certainly "one man, one vote, more than once", as Nathan Sharansky felicitously put it, but it is much more than that: it must be based on the Rule of Law, equality of all in the courts, an independent magistracy, separation of powers, a degree of accountability for those in power, a degree of transparency in government. It needs the sanctity of contracts, the absence of government from wide swaths of life, it needs *habeas corpus* and the freedoms enshrined, *inter alia*, in the U.S. Bill of Rights. People must be free to speak publicly (and privately!), to congregate and associate freely, to publish freely, without fear of government harassment, arbitrary arrest, torture and death at the hands of police. The closer to such a happy state a country is, the more truly democratic it may be said to be. But look at, e.g., Freedom House's ranking of nations according to the civil and political rights enjoyed – or not – by their inhabitants. The color purple represents the deepest lack of freedom: the Arab world is one uniform blob of purple.

Of course, there are some differences. Here and there, there is a measure of electoral freedom, a modicum of respect for law, an ounce of free speech – all of which are ever conditional, precarious, limited. See what happens to an Egyptian sociologist and pollster who also holds American nationality and is engaged in E.U.-funded research: 7 years' jail, says the first court, 7 years, confirms the appellate court, release him says political power.

The Arab world still is mired in a system where a family, a clan, a tribe or a religious group monopolize power, its privileges and its perquisites, and the leverage that political power supplies to appropriate wealth: a predatory system run by autocracy, through an all-powerful bureaucracy.

Compare leading social, economic and cultural indicators: take South Korea, a country wrecked and razed by a terrible war less than a half-century ago. Take an somewhat comparable country, Egypt, with its modest endowment in oil, its above-average literacy, its long tradition as a nation-state, its multiple layers of civilization. Compare infant mortality – the index of how a society invests in its own future –, electricity production per capita – an indicator of industrialization –, internet users – a reflection of how far a society has entered the digital age. Let me sum it up: male literacy in the Arab world is slightly above that of Black Africa, female literacy slightly below that of Africa. The picture this series of data implies is devastating. Population growth has been high, and has vastly outstripped economic progress. The oil wealth has been squandered – a generation after the first oil shock, economic and industrial structures have not changed, the region is a net food importer, and is not exporting competitive products to world markets. The region's share of world non-oil exports is negligible.

The Arab world is the sick man of the world. It has not entered modernity. And, there is a causal relationship between the denial of modernity and the disease.

Lest good-thinking and benevolent souls think that I am a biased analyst, this is precisely what a group of distinguished Arab intellectuals explained in harrowing detail in the report they were commissioned to write for the United Nations Development Program (UNDP) and the Arab Fund for Economic and Social Development under the title of "Arab Human Development Report 2002 – Creating Opportunities for Future Generations". It appeared in August 2002.

Thrice in the modern era has the Arab world believed it was on the threshold of returning to earlier glory: in the aftermath of World War I when the Hashemite *sharif* of Mecca claimed that the British had made promises of empire to him for price of his leadership in the "Arab Revolt" against the Ottomans – much of this was delu-

sional, self-aggrandizing, and Husayn's contribution to the fall of the Ottomans was minute. No matter, the family, expelled from Hijaz by the al-Saud, a more efficient breed of pirates of the sand dunes, got Transjordan and Iraq, rather than the whole Arab world that it coveted².

The second dawn was after World War II, as Britain and France started retreating from Empire, and Arab independence arose. Lo! Kings and emirs behaved like autocrats, not like modernizers, and the presidents, generals, colonels and sundry "socialist" leaders like tyrants. Nasserism, the flagship of the Arab nationalist resurgence, went down on the *Rais's* shipwreck. The third hope was brought about by the 1973 Oil Crisis – it bought the Arab countries automatic majorities, in alliance with the Soviet bloc, at the United Nations.

Failure after failure brought about an umpteenth return to the "pure roots of Islam", spurred by the loathed Shiites of Iran and Ayatollah Khomeiny's ruthless challenge. What neither the superficial and ephemeral toying with "liberal democracy", nor the flirt with National-Socialism and Italian fascism, nor the *marriage de raison* with Soviet Socialism had succeeded in bringing about would now be attempted through radical Islam – the Moslem Brotherhood joined hands with the Saudi Wahhabi to form an *Islamintern*. The refusal to face the challenge of modernity has led, in the words of historian Bernard Lewis, to a "systemic crisis".

What is this? A generalized crisis that affects all aspects of life and society, a dissonance that inflicts psycho-cultural pain, a sense of dislocation – something that tells members of a society that "something went wrong". The famed "frustration and rage" that are so often presented as powering the "Arab Street" come thence.

If you have been imbued with the idea that your God has given you, the Faithful, the world to be your conquest and your garden; if the Prophecy worked for a thousand years, and you conquered so much of the world, thus proving

² See Efraim Karsh and I. Karsh,

the prophecy; if two hundred years ago, ca. 1796, the prophesied world-empire started to shrink, and the Infidels starting rolling back the forces of Prophecy and occupy the *Dar al-Islam*, if you end up being materially, technologically, militarily inferior – you have a problem. The problem has three possible solutions, three possible outcomes:

- "God was wrong!" a very troubling perspective
- "I misread God's writ": the labor or reinterpretation, questioning, challenge, must begin
- "God was right. I read God properly. Reality is wrong. Reality must disappear!"

Whoever carries the unwelcome message – whoever represents the shocking, demoralizing reality – reminds and rekindles the burning, humiliating sting. As Professor Lewis perceptively put it, "they do not hate us because of what we *do* but because of what we *are*". I will have to specify this "they" shortly.

Face with challenge, the Arab world, after the failure of an *aggiornamento* which bore some resemblance to like movements in Japan (Meiji), China (the Self-Strengthening Movement), Turkey (from Tanzimat to Atatürk), etc.: *an Nahda*, a revival started by a handful of Beirut and Alexandria-Cairo intellectuals in the second half of the 19th century. It failed. It never reached critical mass. It was not accepted by enough of the elites. Perversely, this is what deprived the Arab world of the means of a resurgence. Contrary to Japan, it was not able to industrialize to defend.

So what is it that was done? In lieu of a true modernization, there was a retraction on the postulated identity of the Arab world as being purely "Islamic". "Islam is our [only] constitution", the founder of the Moslem Brotherhood Hassan al-Banna, exclaimed. All ye need to know is contained in Qoran, *Hadith* and *Sharia*. There was only minimal room for an instrumental use of Western products and technologies: penicillin and Kalashnikov. This was a regression on even 19th century

founder of pan-islamism, al-Afghani, and a huge step backward on the attempted, and failed "Arab Renaissance" (*an-Nahda*) of the 19th and early 20th century.

How can change be effected from an unhappy situation to a better one? What are the known and habituated means of political action in the Arab world? Is there an *agora*, a *forum* where diverse interests and ideologies are recognized as legitimate and consequently may be aired and thrashed out, where a plurality of opinions and proposals may be debated and decided upon? There are not. Unless you are admitted at the *majlis* of the mighty, you have no voice. If you are admitted, it is as part of the tribal or client network. In order to achieve change, the sole means available is violence. Riot, political assassination, putsch, civil war – this is the way change occurs. All of those must be prepared stealthily: the secret brotherhood (*ikhwan*) was ever the principal means of furtive organization of opponents in the Arab world, or even of people who were not part of the ruling elites. Preemptively, the ruling crowd turns the powers of violence onto anyone who could represent opposition. In the Arab world, violence is not the continuation of politics by other means, *violence is politics* and *politics is violence*.

Foreign policy not carried out by means other than domestic policy. The means are simply more limited: whereas there is zero incentive and little limitation to the domestic exertion of violence, it has to be carefully gauged and calibrated if used abroad. The history of inter-Arab relations since 1945 is nonetheless a long succession of violent actions, and wars and mutual terrorism. In no area of the world do we register such an interminable, quasi-permanent succession of violent conflicts, even excluding the conflicts between Arabs and Israel. Foreign policy is carried out primarily by means of clandestine operations waged by secret services.

Hence the role of terrorism, a natural outcome of the modern Arab Way of Politics. The methods are the same, the spirit is the same.

same. Which also explains that the primary unit of terrorism is not the individual terrorist or individual terrorist groups – most of them wax and wane and recombine all the time. The primary unit is a set of states for which terrorism is a principal tool of statecraft.

The growth and success of terrorism in the Arab world needs to be explained, though. It is owing to the lack of effective response by the targets of terrorism that it has been able to prosper beyond any believable limit. The calculus of terrorism may be represented as what stock markets call a price/earning ratio: for terrorists, the state sponsors and their sponsored groups, the price of committing terrorist acts, bombings, murders, hijackings, etc., is very moderate. The strategic benefits are immense. Take the case of the expulsion of U.S. forces from Lebanon in the early 1980s: a couple of suicide operations organized by the Syrian and Iranian intelligence services through Hezbollah and the PLO. On the other side, more than 250 fatalities amongst the U.S. Marines and Embassy personnel: the U.S. pulls out of Lebanon, and the terrorists have been seen to have caused it. P/E ratio is gigantic.

On the other side, the costs of effective counter-action against elusive terror groups appears huge, and the pickings to be slim: the PER is abysmal.

Compare the two PERs: all benefit to terrorism. This is the history of the last 30 years, starting with the 1972 Munich Olympic massacre perpetrated by Yasir Arafat's "Black September", and ending with Sept. 11, 2001. In the meantime, the PLO was the battle-lab that first demonstrated the viability and the efficacy of terrorism, that tested methods and procedures, with the kind help of the KGB, the Stasi, the Securitate, etc.

This being said, we may properly envision long-range futures for the Middle East: they must start from a consideration of the "systemic crisis" of the Arab world, and the nature of the response its elites elected to promote. The *ji-hadi* international orchestrated by

the Four Aces (Iran, Syria, Saddam's Iraq, Saudi Arabia) went too far. It awakened the slumbering U.S. giant and propelled it into action. As president Bush said, first in September 2001, and repeatedly since, the war on terrorism is a long war, like the Cold War was. It cannot and will not end without bringing to some form of resolution what is the root cause of terrorism: the stagnation and self-destruction brought about by the "systemic crisis".

That is why "regime change" and the democratization upon which the president waxed so eloquent in his November 2003 speech, is the key to the future of the Middle East.

Nobody may expect Middle Eastern democracy to talk the talk of Westminster or walk the walk of Jeffersonian mores by tomorrow morning. But remember that our own State Department was explaining during World War II that democracy was incompatible with the Japanese soul, and that the direct analyses were made about the supposedly inherent tendencies of the German mind. Taiwan and Korea and Turkey, and, prominently, the Persia of the 1906 Constitution, and, I doubt it not at all, the soon-to-come de-ayatollahized Iran, all show that democracy is a universal value, an exportable commodity, and an importable one. Nobody loses their soul by becoming more democratic and less autocratic. Only the worst racism disguised as "respect for the culture of those people" may assert the contrary.

We coughed – it was Afghanistan, and we toppled the Taliban. We got into serious business, and we toppled Saddam. More regime change will be coming – short of which there is no war on terrorism but only the make-believe of the Clinton era. The Syrian dictatorship has been occupying Lebanon for several decades. As our forces entered Baghdad, the Assad regime was terrified, like the little pig of the story, that we were going to huff and puff and blow his house away. It was a grievous mistake not to do so – and we're paying a price for that. Jihadis and other killers have been entering the

Iraqi territory through the benevolently porous borders of Syria, Iran and Saudi Arabia. But imagine the effect of Syria being forced out of Lebanon: first, it represents the national liberation of the Lebanese nation; next, it is an immense, probably fatal loss of face for the vulnerable minority regime of the Alawites; next, it is a grievous loss for two countries whose client the Assads' Lebanon is – Saudi Arabia (Crown prince Abdullah personally) and Iran, whose fully-owned asset Hezbollah has always been. Since Hezbollah is one of the most proficient terror groups in the world, the gain for us is immense. The PER calculus is inverted. By destroying one link in the terror chain, the entire chain is weakened.

In turn, the humiliation of terror and the reduction of terror regimes disproves the idea that "terror pays", and disabuses anyone in the Middle East from the delusion that we are easy prey, or prey at all. On the other hand, it is a wonderful encouragement to the numerous silent but strong minority in the region whose desires have to do with stability and prosperity. Like Eastern Europeans in the late '80s and early '90s, who wanted to "join Europe" not in order to cease being Czechs or Bulgarians, but in order to be themselves, but unoppressed, free and prosperous.

I began by stating that the Arab elites had exempted themselves from an otherwise universal movement toward modernity and democracy. There are many in the Arab world who are not in power, who are excluded from power and participation, who aspire precisely to that. The future of the Middle East is bound with them. They are our friends, our partners, our allies.

THEMEN

Piraterie in Südostasien*

Vorbemerkung

In den Medien findet das Thema "Piraterie in Südostasien" bislang wenig Beachtung und ist somit auch im Bewusstsein der Bevölkerung kaum vorhanden. Folgender Beitrag soll entsprechend sensibilisieren, auch im Hinblick auf die pmg/CSIS - Expertengespräche in Washington im kommenden Jahr.

Piraterie und der erweiterte Sicherheitsbegriff

In seiner Ausgabe Nr. 34 vom 20.08.2001 titelte Der Spiegel: "Die Rückkehr der Piraten". Und in der Tat fanden im Jahre 2001 in Südostasien 157 gemeldete Piratenüberfälle statt, 21 Besatzungsmitglieder und Passagiere wurden ermordet und 210 Personen wurden als Geiseln genommen.³ Da Piraterie - gemeint ist in meinen Ausführungen die Seepiraterie und nicht etwa die Produktpiraterie - unter den erweiterten Sicherheitsbegriff fällt, möchte ich ins Thema mit 3 Definitionen einsteigen.

In seiner Rede am 6. Februar 1999 anlässlich der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik führte Bundeskanzler Schröder zum erweiterten Verständnis von Sicherheitspolitik aus: *"Dabei kann moderne Sicherheitspolitik heute nur noch umfassend verstanden werden. Die politische, wirtschaftliche, soziale, ökologische und auch militärische Dimension müssen zusammen gedacht, aber auch zusammen gebracht werden."*⁴

Weiterhin fügt sich Piraterie in das Spektrum der Organisierten Kriminalität (OK). Obwohl international eine allseits anerkannte Definition fehlt, kann in Deutsch-

³ DER SPIEGEL, Die Rückkehr der Piraten, Hamburg, 20.08.01, Seite 68 – 85. Siehe hierzu auch Ajai Sahni, South East Asia Cargo Theft: Better Organised, More Lethal, in: Wars Without Borders www.satp.org/satporgtp/ajaisahni

⁴ Vgl. Reschke, Jörg-Eckart, Flottillenadmiral a.D., Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen, in: Rosenberg-Papier Nr. 3, Bonn, 1999.

land eine Begriffsbestimmung der Arbeitsgemeinschaft Justiz / Polizei von 1990 nützlich sein: "Organisierte Kriminalität ist die von Gewinn oder Machtstreben bestimmte planmässige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung sind, wenn mehr als 2 Beteiligte auf längere oder unbestimmte Dauer

- a) arbeitsteilig unter Verwendung gewerblicher oder geschäftlicher Strukturen,
- b) unter Anwendung von Gewalt oder anderer zur Einschüchterung geeigneter Mittel oder
- c) unter Einflussnahme auf Politik, Medien, Öffentliche Verwaltung, Justiz oder Wirtschaft zusammenwirken."⁵

Und nun zur Piraterie. Artikel 101 des UN-Seerechtsübereinkommens von 1982 definiert "Piraterie", allerdings nur für den Bereich der Hohen See, wie folgt: "Piracy consists of any of the following acts:

- a) Any illegal acts of violence or detention, or any act of depredation, committed for private ends by the crew or the passengers of a private ship or a private aircraft, and directed
 - on the high seas, against another ship or against persons or property on board such ship or aircraft;
 - against a ship, aircraft, persons or property in a place outside the jurisdiction of any state;
- b) Any act of voluntary participation in the operation of a ship or of an aircraft with knowledge of facts making it a pirate ship or aircraft.

⁵ Vgl. Forsteneichner, Günter F.C., Neue Formen der Bedrohung der internationalen Sicherheit, in: IAP-Publizistische Gesellschaft für Politik und Zeitgeschehen, Bonn, Oktober 2001, S. 19 – 25 (OK).

c) Any act in citing or of intentionally an act described in sub-paragraph a) or b)."⁶

Im deutschen Sprachgebrauch ist der Begriff Seeräuberei jedoch aussagefähiger und treffender, weil er jede rechtswidrige Gewalt oder Freiheitsberaubung oder Plünderung gegen Handelsschiffe und / oder ihre Besatzungen auf Hoher See und anderen Seegebieten beschreibt. Auch das International Maritime Bureau (IMB), eine Unterorganisation der Internationalen Handelskammer Paris (ICC), beschreibt Piracy umfassender: "Is the act of boarding any vessel with the intent to commit theft or other crime, with the capability to use force in furtherance of the act."⁷

Ausgehend von dieser umfassenden Betrachtungsweise lassen sich moderne Piratenüberfälle in 3 Kategorien einteilen:

Hafenüberfall

Piraten gehen mit dem Ziel an Bord, Geldmittel und wertvolle Gegenstände zu rauben. Pro Überfall werden durchschnittlich Waren im Wert von 2.000 bis 20.000 US Dollar entwendet. Diese Aktivitäten finden im Hafen bzw. in Hafennähe oder auf Flüssen statt und werden von kleineren Gruppen von 2 bis 8 Piraten ohne Anbindung an eine grössere Organisation durchgeführt.

Lösegeelderpressung

Piraten nehmen die Besatzung eines Schiffes in Geiselhaft und erpressen vom Eigner Lösegeld. Bei dieser Form der Piraterie gehören die Seeräuber zu einer grösseren Organisation mit entsprechender Logistik. Die Piraten fungieren hier nur als ausführendes Organ, Verhandlungen und Geldübergabe finden ausserhalb des Schiffes statt. Nach Übergabe der Gelder verlassen die Geiselnnehmer in der Regel das Schiff und lassen die Geiseln frei.

⁶ International Maritime Organisation, Reports on acts of piracy and armed robbery against ships, London, 28. Juni 2003, S. 1.

⁷ Vgl. Janiak, W., Fregattenkapitän, Fakten und Zahlen zur maritimen Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland, Jahresbericht 2003, Glücksburg, Juli 2003, S. 8 – 30.

Übernahme des Schiffs

Piraten entern das Handelsschiff häufig mit Waffengewalt und übernehmen das Schiff mit dem Ziel, Ladung und Schiff später zu veräussern. Dahinter steckt eine straff geführte Form der OK, an der häufig korruptierte staatliche Kräfte beteiligt sind. Die ursprüngliche Besatzung wird in der Regel über Bord geworfen.

Neben diesen 3 Hauptgruppen der Piraterie existieren auch noch Schnittstellen zu staatlichen und terroristischen Organisationen.⁸

Piraterie in Südostasien

In seinem Bericht für 2002 listet das Antipiratenzentrum des Internationalen Schifffahrtbüros (IMB) in Kuala Lumpur weltweit 383 bekannte Fälle von Seeräuberei auf, 13 Prozent mehr als im Jahre 2001. 25 mal wurden dabei Schiffe mit Waffengewalt entführt, 2001 waren es noch 16 Fälle.

Das IMB spricht von einem alarmierenden Anstieg der Piratenakte mit dem eindeutigen Brennpunkt in den Gewässern Indonesiens. Allein dort wurden 103 Piratenüberfälle gemeldet. Grösste Sorge bereitet dem Antipiratenzentrum der ungebrochene Trend zu Schiffsentführungen auf Hoher See, der seit 2000 deutlich zugenommen hat. Auch hier liegt Südostasien an der Spitze: 28 Prozent der 26 Fälle von "sea jacking" ereigneten sich rund um Indonesien und der Malakka-Strasse – eine der meist befahrenen Schifffahrtsrouten der Welt und einer der gefährlichsten Seewege der Erde.⁹

Und auch im Jahre 2003 sieht die Bilanz nicht besser aus. So berichtete das IMB im 1. Halbjahr 2003 von 64 Angriffen in den indonesischen Gewässern, verglichen mit 44 im Jahr zuvor. 20 Überfälle fanden in der Strasse von Malakka und in den anlie-

⁸ Ebenda.

⁹ Ebenda, S. 8 – 32. Das IMB ist wie folgt erreichbar: ICC Maritime Bureau (IMB), 1603 A Wisma Nusantara, Jalan Puncak Offy Jalan P. Ramlee, 50250 Kuala Lumpur, Malaysia. Tel: 603-201 00 14, Fax: 603-238 57 69, Telex: MA 31 880 IMBPCI, E-Mail: ccskl@imb.klpo.my

genden malaysischen Gewässern statt.¹⁰

Nicht übersehen werden sollten auch die Gefahren, die vom maritimen Terrorismus ausgehen können. Aufgefangene Aussagen von 2 Top Al Qaeda Führern spielen auf Angriffe gegen "wirtschaftliche Lebenslinien" an. "We will take to the waters; your ships will not be safe at port or sea."¹¹

So ist die strategische Wasserstrasse von Malakka, die täglich von etwa 200 Schiffen passiert wird und durch die 80 Prozent der japanischen Ölversorgung stattfindet, ein potentiell Ziel terroristischer Gruppierungen.¹²

US-Zollbehörden vermuten, dass bestimmte grössere Häfen in Asien von Terroristen benutzt werden könnten, um chemische, biologische und Atomwaffen in die USA zu transportieren. So sei der Hafen von Singapur einer von 20 Megahäfen, die rund 70 Prozent der Ozeancontainer in Richtung USA abwickelten.¹³

Sollte es Terroristen gelingen, die enge Strasse von Malakka zu blockieren, müssten die Schiffe andere Seewege in den indonesischen Gewässern nehmen, was 1.000 Meilen mehr ausmachen würde. Dies würde zu einer Krise auf den Ölweltmärkten führen, die Versicherungsraten

¹⁰ Vgl. Ellis, Eric, Piracy on the high seas is on the rise in South-East Asia, in: Fortune, Singapur, 29.09.2003 www.singapore-window.org

¹¹ Vgl. Ong, Graham Gerard, Pre-empting Maritime Terrorism in Southeast Asia, Institute of South East Asian Studies, Singapur, 29.11.2002. Auch die Europäische Union will die internationale Schifffahrt besser vor Terroranschlägen schützen. Der Rat der EU-Verkehrsminister einigte sich im Oktober 2003 in Luxemburg auf ein entsprechendes Massnahmen-Paket. Damit soll von Juli 2004 an die Sicherheit für Seeleute, Schiffe und Häfen steigen. Laut Verordnung müssen Fracht- und Passagierschiffe künftig alle ihre Daten an die EU-Häfen melden. Die Schiffe sollen z.B. über Alarm- und automatische Identifikationssysteme für Seeleute verfügen. In den Häfen sind spezielle Sicherheitszonen, Notfallpläne und Kontrollen vorgeschrieben.

¹² Ebenda. Siehe hierzu auch ergänzend Bradsher, Keith, Warnings From Al Qaeda Stir Fear That Terrorists May Attack Oil Tankers, in: The New York Times, New York, 12.12.2002 www.afpc.org

¹³ Thailand und Südostasien News; Experten warnen vor Anschlägen auf Hoher See, Bangkok, 14.06.2002 www.thaisearch.ch/news

schossen in die Höhe und die wirtschaftliche Entwicklung Südostasiens wäre nachhaltig gestört, ganz zu schweigen von einem Angriff mit hochgiftigen chemischen Stoffen oder Nuklearmaterial, der Millionen von Menschen in Mitleidenschaft ziehen könnte.¹⁴

Reaktionen auf die Piraterie

Eine Bekämpfung der Piraterie auf See hat bislang kaum stattgefunden. Dies liegt vor allem daran, dass die überwiegende Anzahl der Piratenüberfälle in Hoheitsgewässern bzw. in küstennahen Meerengen der Dritten Welt stattfinden, wo die Fähigkeiten zur Kontrolle der eigenen Küstengewässer kaum über den eigentlichen Hafenbereich hinausreicht. Ein Versuch über die VN, eine Art maritime "Blauhelm-Mission" zur Piratenabwehr aufzubauen, ist bisher an den Kosten und am Prinzip der staatlichen Souveränität gescheitert. Die in Frage kommenden Staaten sind darüber hinaus auch nicht dem UN-Seerechtsübereinkommen beigetreten.

In Südostasien versucht Japan, die Piraterie einzudämmen, weil die Seetransportwege der japanischen Wirtschaft oftmals durch piraterieverseuchte Gewässer führen. In mehreren Konferenzen mit Anrainerstaaten der südostasiatischen Region wurde versucht, eine multinationale Piratenbekämpfung aufzubauen. Aufgrund alter Ressentiments gegenüber Japan blieb es meist bei Absichtserklärungen. Auf bilateraler Ebene konnte Japan jedoch mit Brunei, Singapur, Indonesien und Malaysia Abkommen zu gemeinsamen Übungen und Ausbildung von Einsatzkräften schliessen.¹⁵

Der Bekämpfung des Organisierten Verbrechens und der Piraterie dienen auch die International Chamber of Commerce (ICC), das International Maritime Bu-

¹⁴ Vgl. Brandon, John, Terrorism on the high seas, in: The International Institute for Strategic Studies, Shangri-La Dialog 2003, Singapur, 05.06.2003. www.iiss.org

¹⁵ Vgl. Janiak, W., Fregattenkapitän, Fakten und Zahlen zur maritimen Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland, Jahresbericht 2003, Glücksburg, Juli 2003, S. 8 – 31.

reau (IMB) in London sowie das Piracy Reporting Center in Kuala Lumpur.¹⁶ Auch der Internationale Seegerichtshof (ISGH) in Hamburg kann bei seerechtlichen Streitfällen angerufen werden.

Ebenfalls die Europäische Union hält in ihren 6 strategischen Prioritäten in den Beziehungen zu Südostasien fest: "*Issues of migration, trafficking in human beings, money laundering, piracy, organised crime and drugs need to be incorporated systematically into our regional and bilateral dialogues with Southeast Asia.*"¹⁷ Dies auch deswegen, weil im Jahre 2002 die EU ASEAN's zweitgrösster Exportmarkt und der drittgrösste Handelspartner nach den USA und Japan war. Die EU importierte aus den ASEAN Staaten Waren für etwa 61 Milliarden Euro und exportierte in die ASEAN Staaten Waren für etwa 42 Milliarden Euro.¹⁸

Um den Piraten das Handwerk zu erschweren, wurde mit einer Satelliten-Betreiberfirma das "SHIPLOC-System" entwickelt. Es besteht aus einer kleinen, wartungsfreien Box, die an einem beliebigen Ort auf dem Schiff installiert wird. Alle paar Stunden funkt ein darin verplombter Sender die Positionsdaten per Satellit an Land. Weicht das Schiff auffällig vom Kurs ab, und erhärtet sich der Verdacht eines Überfalls, alarmiert die Technik das Piraterieberichtszentrum des IMB in Kuala Lumpur. Die Fahnder bekommen prompt Zugriff auf die Positionsdaten und nehmen das Notfall-Management in die Hand.¹⁹

Auch die Entwicklung eines neuen Anti-Boarding-Systems, eines 9000-Volt Schutzzaunes für Han-

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Siehe hierzu Europäische Kommission, IP/03/961, Brüssel, 09.07.2003 sowie www.europa.eu.int/comm/external_relations/asia/reg/sea.htm

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Vgl. Hollmann, M., Die Piraten kehren zurück Schifffahrt: Organisierte Kriminalität auf den Ozeanen nimmt zu, in: VDI Nachrichten, ohne Ortsangabe, 28.03.2002, S. 3.

Die volkswirtschaftlichen Schäden, die durch Piraterie entstehen, werden von der Schifffahrtszeitung Lloyd's List auf etwa 15 Milliarden Euro jährlich geschätzt; das IMB geht von ca. 16 Milliarden US\$ aus.

delsschiffe soll das Entern durch Piraten erschweren.²⁰

Abschliessend einige Massnahmen, die zur Verbesserung der Bekämpfung der Piraterie beitragen können:

- Aufklärung der Organisationsstrukturen, der Methodik, der Personen und Hintermänner der OK;
- Austausch von Erkenntnissen zwischen Behörden, die sich mit der OK-Bekämpfung befassen;
- Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen;
- Verbesserung der technischen Kommunikation der Behörden und Einsatztruppen, die mit der Piraterie- und Terrorismusbekämpfung befasst sind;
- Verringerung der Einsatzzeiten der Krisenreaktionskräfte;
- Verbesserung des Ausbildungs- und Ausrüstungsstandes dieser Kräfte;
- Schulung des Schifffahrtspersonals im Hinblick auf Piratenabwehrmassnahmen;
- Verbesserung des Alarmsystems in Küstennähe und zu anderen Schiffen im umliegenden Seegebiet;
- Angemessene Verurteilungen von Piraten;
- Verbesserung der regionalen und internationalen Kooperation.

Dr. Peter Roell, Brüssel

**) Die Anmerkungen geben die persönliche Auffassung des Autors wider.*

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber

Der Vorstand der pmg

Redaktion

Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)

Tel. 0173-5497942

E-Mail ralph_thiele@hotmail.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen mehrfach jährlich nach den Veranstaltungen der **pmg**.



²⁰ Vgl. Tan Kah Peng, Electric fence to protect ships, in: The Star, London, 28.10.2002